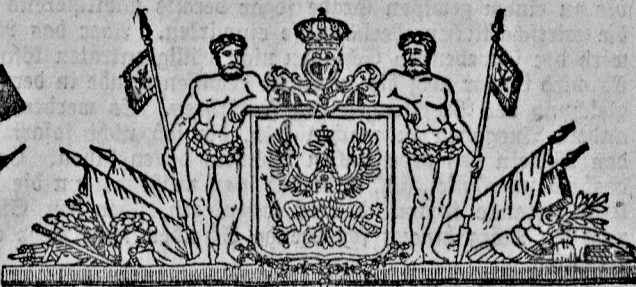


# Vossische



# Zeitung

2.00 Mark  
(Ausland: 5 Mark)

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten frei ins Haus monatlich 45 Mark; unter Streifband 85 Mark im Inland, 100 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 18 Mark. Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postscheckkonto Berlin 660.

## Annahme der Pariser Vereinbarungen.

### Die Aussprache im Ausschuss.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig den Pariser Vereinbarungen mit der Reparationskommission zugestimmt. Die Vereinbarungen bestehen, wie bereits berichtet wurde, in dem Entwurf einer Antwort auf die Note der Reparationskommission, in der im März die Bedingungen für das Moratorium für 1922 bekanntgegeben worden sind. Die Note der deutschen Regierung wird, so wie sie in Paris verabredet worden ist, Montag der Reparationskommission übergeben werden.

Diese Entscheidung des Reichskabinetts war nach der Antwort des Staatssekretärs Bergmann und nach den Besprechungen, die der Reichskanzler mit den Führern der Parteien gehabt hat, zu erwarten. Die Parteiführer haben die Bedenken, die sie gegen die Pariser Vereinbarungen hegen, nicht verhehlt, insbesondere haben die Vertreter der Deutschen Volkspartei sich sehr besorgt über die Wirkung der an die Reparationskommission gemachten Zugeständnisse auf die Industrie geäußert. Aber im allgemeinen überwiegt doch stark die Auffassung, daß die deutsche Regierung den verhandelten Entwurf, der von dem Engländer Bradburn stammt, nicht ablehnen könne.

Unmittelbar nach der Kabinettsitzung trat der Auswärtige Ausschuss wieder zusammen und erörterte in einer Debatte, die über vier Stunden dauerte, das gesamte Reparationsproblem. Der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister waren anwesend und ergrieffen wiederholt das Wort. Von

den Parteien sprachen für die Deutschnationalen Dr. Helfferich, für die Deutsche Volkspartei Becker-Hessen, für die Demokraten Dr. Dernburg, für das Zentrum Marx für die Sozialdemokraten Müller-Frank, für die Unabhängigen Crispian. In die Debatte griff auch Abg. Stinnes ein. Da die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses vertraulich sind, bleibe die Berichterstattung auf diese offizielle Darstellung beschränkt. Jegendeine Beschlussfassung konnte natürlich nicht erfolgen.

Der Auswärtige Ausschuss wird heute vormittag wieder zusammentreten, um den Bericht des Reichskanzlers und des Außenministers über die Genuefer Konferenz entgegenzunehmen. Die Plenarsitzung des Reichstags findet Montag 1 Uhr nachmittags statt. Gleich nach Beginn der Sitzung wird der Reichskanzler das Wort nehmen. Dr. Birtz dürfte sich in seiner Rede fast ausschließlich auf Genue beschränken. Ueber das Reparationsproblem, vor allem über die Verhandlungen in Paris, wird der Kanzler nicht sprechen, und es ist auch eine Vereinbarung unter den Parteien getroffen worden, daß in der Debatte, die sich an die Ausführungen des Reichskanzlers anschließen soll, die Vereinbarungen mit der Reparationskommission nicht berührt werden, da es sich um eine noch nicht abgeschlossene Diskussion handelt.

Eine Krise im Kabinett ist also, wie man jetzt abschließend sagen darf, nicht eingetreten. Die vorhandenen Gegensätze innerhalb des Reichskabinetts, vor allem der zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister, sind diesmal wieder überbrückt worden.

(Siehe auch vierte Seite.)

## Angstpolitik.

Von  
Georg Bernhard.

Erfüllungspolitik ist keine Angstpolitik. Im Gegenteil. Erfüllungspolitik ist die Politik besonnener Tat. Eine Politik, die in der Welt den Glauben an Deutschlands Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit verbreiten soll. Dazu gehört die loyale Bereitwilligkeit, diejenigen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag abzutragen, die überhaupt erfüllbar sind. Dazu gehört aber auch die Vermeidung jeder bramarbasierenden Großschnauzigkeit, die umso schlimmer wirkt, als der Verdacht eines Angriffsgeistes erweckt wird, ohne daß hinter den großen Worten die Fähigkeit und die Macht stünden, zur Tat überzugehen. Aber beinahe noch übler als das ist es, den Verdacht der Unaufrichtigkeit zu erregen. Leise Söhnen und leise Worte sind keine Requisiten der Erfüllungspolitik. Es gibt Gefinnungen, die man einem Volk nicht glaubt, und deren Befundung nur als Heuchelei empfunden wird. Und es gibt Regungen, die man in jedem kräftigen und entwicklungsfähigen Volk für selbstverständlich hält, die man deshalb ruhig aussprechen soll, weil das Schweigen darüber doch nur als tödliches Verbergen gedeutet werden würde.

In Berlin haben wieder einmal einige Perücken gewackelt, weil der Reichsminister Köster beim Empfang der Wiener Fiederfänger die Binsenwahrheit kräftig betont hat, daß Deutschland und Oesterreich zueinander wollen. Mehr aber noch scheinen in Wien ein paar Gemüter darüber verängstigt gewesen zu sein. Man hat dort amtlich versucht, die Köstersche Rede mit einem geistigen Nachträubchen zu versehen, bevor man sie durch das offizielle „Korrespondenzbüro“ in die österreichischen Zeitungen weiterleitete. Die armen Oesterreicher befürchteten, es mit ihren reichen Umhangen zu verderben, auf deren milde Gaben sie angewiesen sind, weil den österreichischen Ländern jede normale Wirtschaftsentwicklung durch den Mangel der Anlehnung an den großen deutschen Wirtschaftskörper abgeschnitten worden ist. Die strengen Männer von St. Germain, die aus Oesterreich ein Hungerkünstlerwerk machten, lassen sich die Fütterung dieses Monstrums ab und zu etwas kosten. Aber sie übernehmen sich dabei schon jetzt nicht. Und die anglickischen Politiker in Oesterreich können ganz beruhigt darüber sein, daß ihnen eines Tages auch das Wenige, was sie geben, zu viel werden wird. Dann wird der Aufschluß sich ganz von selbst vollziehen. Die mit der Mistgabel, wie es in dem alten lateinischen Sprichwort schon heißt, ausgetriebene Natur wird dann wieder in ihre Rechte eingesezt zu werden verlangen. Immerhin: man kann die österreichische Angstlichkeit noch verstehen. Man will sich die Nationen nicht unnötig verkleinern, so lange man noch darauf angewiesen ist. Aber weshalb Deutschland in nationalen Fragen nicht das sagen soll, was es empfindet, das vermag kein Unbefangener einzusehen. Die deutschen Brüder in Oesterreich werden von den Reichsdeutschen nicht zu den verlorenen Stämmen gerechnet. Der Wiener, der Tiroler und der Salzburger gehören genau so gut zum deutschen Nationalstaat wie der Bayer, der Franke, der Schwabe und der Preuße. Der Vertrag von Versailles und der Vertrag von St. Germain erkennen das sogar an. Beide Verträge machen die Vereinigung der deutschen Stämme lediglich vor bestimmten Bedingungen und Zustimmungen abhängig. Diese Zustimmungen zu bekommen, muß das Ziel jeder national gerichteten deutschen Politik sein. Dieses Ziel erreicht man nicht, wenn man nicht dauernd davon redet. Und man erreicht schon gar nichts, wenn man davon schweigt. Denn niemand in der Welt glaubt dem deutschen Volk, daß es national so würdelos sein könnte, das Ziel der Vereinigung aller seiner Stämme nicht zu erstreben. Man wird den Deutschen umso eher glauben, daß sie ehrlich erfüllen, was sie national und wirtschaftlich erfüllen können, wenn sie eben so ehrlich auch das für sich reklamieren, was sie einst erfüllt zu sehen wünschen.

Das, was hier vom Nationalen gesagt wurde, gilt auch vom Materieellen, vom Wirtschaftlichen und vom Finanziellen. Es nützt nicht, sondern es schadet, wenn man erklärt, Dinge erfüllen zu wollen, von denen auch der Gläubiger ganz genau weiß, daß sie nicht zu erfüllen sind. Ein Schuldner, der jede Bedingung akzeptiert, bloß um Ruhe zu haben, macht sich beim Gläubiger im höchsten Maße verdächtig. In einer Zeit, wo selbst die wirtschaftlichsten Punkte bei Vertragsauslegungen und Vertragserfüllungen nicht bloß unter dem Gesichtswinkel wirtschaftlicher Vernunft diskutiert, sondern immer von politischen Einflüssen erschwert werden, kann es aus politischen Gründen dem Vertragsgegner vielleicht einmal ganz angenehm sein, unmögliche Zugeständnisse vom Schuldner in parlamentarischen Triumphzügen spazieren führen zu können. Aber derselbe Gläubiger, dem so etwas sein Spiel auf der parlamentarischen Tribüne erleichtert wird, wenn es ihm einmal anders paßt, die Ehrlichkeit des Vertragskontrahenten bezweifeln, der ihm sichtlich uneinlösbare Verpflichtungen gegeben hat. Gerade der deutsche Erfüllungspolitik muß besonders darauf bedacht sein, bei allen Reparationsverträgen, die ihm nicht durch Diktat auf-

## Friedrichs „Kraniche“.

Drachmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Budapest, 27. Mai.

Die Regierungspartei hatte anfangs einen großen Vorprung vor der Opposition. Sie war längst vollkommen gerüstet, ihre „Unverantwortlichen“ standen schloßbereit auf dem Posten, als die Opposition erst ihre Führer auszustrecken begann. So endeten die ersten oppositionellen Wählerveranstaltungen mit läglichen Mißerfolgen, die die Opposition lächerlich zu machen drohten. Wenn sich irgendwo einer ihrer Kandidaten in einer Wählerversammlung zeigte, erschienen unter den Versammlungsteilnehmern einige „Erwachende“, die, kaum daß der Redner zu sprechen begonnen hatte, die ungarische Nationalhymne anstimmten, die die Versammlung und der Redner pflichtgemäß mitsingen mußten. Das Singen wurde so oft wiederholt, bis den Versammlungsteilnehmern und dem Redner die Geduld ausging und sie den „Erwachenden“ Gelegenheit gaben, einen kleinen Skandal zu provozieren, der wieder dem amtlichen Aufsichtsorgan Gelegenheit zur Auflösung der Versammlung gab.

Die Opposition holte das Versäumte jedoch bald nach. Friedrich, dieser Meister des Terrors, warb eine Schar unternehmungslustiger junger Leute, die ihn und seine Freunde auf ihren Agitationsreisen begleiteten und die singenden Ruhestörer kurzgehend aus dem Versammlungsort hinauswarfen. „Kraniche“ nannte Friedrich seine Getreuen, weil sie, wie diese klassischen Vögel, stetig auf der Wandererschaft sind.

Er organisierte sie stramm militärisch: sie schickte nach dem „Kriegsschauplatz“ einige Tage vor der Versammlung Kundschafter aus, die nach Budapest per Kurier melden, wie stark der „Feind“ sei, d. h. wieviel „Unverantwortliche“ bereit ständen, die Versammlung zu stören, und Friedrich, der „Großtränich“, trifft dementsprechend seine Gegenmaßnahmen. Und seither verließen die Legitimistenversammlungen in bester Ordnung. Auch die übrigen oppositionellen Parteien schufen sich ihre Abwehrtruppen, die aber erst seit dem Eintreten der Sozialdemokraten in den Wahlkampf voll zur Geltung kamen. Die Sozialdemokraten haben ihr Versprechen, die Ordnung bei den Wählerversammlungen unter den Schutz der Arbeiterfäuste zu stellen, ehrlich erfüllt. Seit übrigens die oppositionellen Gegenterroristen in Tätigkeit sind, haben die Sprengungsversuche auf der anderen Seite langsam aufgehört.

Die Opposition hatte auch schwere innere Krisen durchzumachen, ehe sie ihre Aktionsfähigkeit nach außen gewinnen konnte. Während auf der anderen Seite die wenn auch nicht gerade homogene, so doch unter straffer einheitlicher Führung stehende Regierungspartei, gestützt auf die mit ihrer Stellung verbundenen unermeßlichen Vorteile, auf einen mit musterhafter Präzision arbeitenden Verwaltungsapparat, ihre Kräfte nach außen voll entfalten konnte,

lagen die einzelnen demokratischen Parteien bei aller Bestimmungswandtschaft einander fortwährend in den Haaren. Dem Bázionyi paßte die „radikale“, „altdemokratische“ Kassapartei nicht, der Kassapartei war die Schwesterpartei Bethyáns, die 48er-Partei, zu feindlich, die Gewerbetreibenden wollten eine eigene Baruffspartei haben, der eine predigte angesichts des Vorgehens der Regierung gegen die Opposition die Abstinenz, der andere war für die Teilnahme an den Wahlen mit voller Kraft. Schließlich gab es noch eine Spaltung innerhalb der Bázionyschen Demokratenpartei — damit hatte sich der Parteigeist im oppositionellen Lager aber zum Glück ausgetobt, und ein paar Tage später war wie durch ein Wunder die Einigkeit wiederhergestellt. Es wurde ein fester Wahlblock geschaffen, dem sich auch die Sozialdemokraten und die aus der Regierungspartei ausgeschiedenen Bauern angeschlossen.

Die Regierungspartei ist aus der Bauernpartei der alten Nationalversammlung hervorgegangen, ihr Schöpfer ist Graf Stefan Bethlen. Als die Nationalversammlung aufgelöst war, erschienen eines Tages im Klub der Bauernpartei die alten Tischpartei und meldeten ihren Eintritt an, worauf Bethlen triumphierend erklärte, die langgesuchte „Einheitspartei“, die dazu berufen sei, den ungarischen Parteigeist zu töten und das Land zu retten, sei geschaffen. Bethlen schwebte das Beispiel Tiszas vor, der Ungarn jahrelang mit einer Schar willenloser, ihm blind ergebener Abgeordneter — Mameluden nannte sie der Volksmund — absolutistisch regierte — in den Zusammenbruch hineingereigte.

Zum Wahlkampf der Regierungspartei wurde Julius Gömbös bestellt, ein entschlossener, in der Wahl seiner Mittel nicht sehr wählerischer Mann. Gewesener L. u. L. Generalstabschef, spannte er die Fäden der Disziplin straff, leitete er den „Aufmarsch im Gelände“ mit Umsicht und Energie. Vor allem nahm er eine gründliche „Umgruppierung“ vor: Die Wahlkreise wurden neu eingeteilt, je nach der Stimmung der Bevölkerung wurden für die Regierungspartei sichere Kreise in zwei neue Kreise geteilt, die Zahl der oppositionellen Kreise wurde durch Verschmelzungen verringert, wo eine starke oppositionelle Gruppe einen sonst „gutgeimten“ Kreis gefährdete, wurden die unsicheren Gemeinden abgeplittert und an einen ohnehin verlorenen Nachbarbezirk angegliedert. Dann wurden die Kommandanten ernannt, zuverlässige, aus der Tischzeit erprobte Männer wurden als Obergespanne in die Komitate geschickt. Mit sicherer Hand und napoleonischer Zuversicht leitete Gömbös den Kampf. Jede Woche telegraphiert er ein „die Herren zu mir!“ in die Komitate, und dann kommen die Obergespanne, Meldung erstatten über den Stand der Dinge.

Gömbös soll mit einer Regierungsgruppe von höchstens 150 Mandaten rechnen, während die Opposition auf etwa 90 Sitze geschätzt wird. Bei den labilen Parteiverhältnissen wäre das alles andere als eine sichere Mehrheit. Der erste Teil der Wahlen, der morgen stattfindet — von den 245 Mandaten werden dabei 141 vergeben — vollzieht sich öffentlich und wird deshalb, zumal es sich um besonders „sichere“ Kreise handelt, der Regierung einen starken Erfolg bringen. Der Rest der Wahlen folgt am 1. Juni. Hierbei dürfte die Regierung um so schlechter abschneiden.

Walter Burg.